

Tansania Information



Weil es uns bewegt!

Mission
EineWelt

Kein Pressedienst - Nur zur Information

07 / 2015 - Juli

Zusammengefasste Meldungen aus: Daily/Sunday News (DN), The Guardian, ITV Habari, Nipashe, The Citizen, ThisDay, Arusha Times, Sabahi, Msema Kweli, The East African, Uhuru na Amani (Zeitschrift der ELCT), UN Integrated Regional Information Networks (IRIN) und anderen Zeitungen und Internet Nachrichtendiensten in unregelmäßiger Auswahl

Wechselkurs 26.06.2015 (Mittelwert) für 1,-- € 2.593/- TZS (www.oanda.com/lang/de/currency/converter)

AKTUELLES	2
PRESSEGESETZE – ANHALTENDE KRITIK – Neue Mediengesetze -	2
Auslandsreaktionen – Informantenschutz - Menschenrechte.....	3
WAHLKAMPF – Aktivitäten.....	3
Wahlgeschenke – Mahnende Stimmen - Präsidentschaftskandidaten.....	4
STAATSHAUSHALT 2014/15 – Im Parlament vorgestellt - Kritik.....	5
Neues Steuergesetz – Sansibar-Haushaltsplan – Misswirtschaft und Verschuldung.....	6
VERSCHIEDENES – Nyerere-Akademie – Landesgrenzen, Verteidigung – Fußballfrauen.....	7
Entschuldigung gefordert.....	8
SCHWERPUNKT: BILDUNGSWESEN I	8
BILDUNGSPOLITIK – Erfolge.....	8
Kritische Stimmen – Ursachenforschung.....	9
NEUE BILDUNGSPOLITIK VORGESTELLT.....	10
Stellungnahmen und Kritik – Projekte und Maßnahmen.....	11
Prügelstrafe umstritten - Investitionen – Lehrkräfte, Aus- und Fortbildung.....	12

Kommende Themen: Wahlen - Bildungseinrichtungen – Kinder und Jugendliche - Frauen

Zu abonnieren beim Herausgeber, kostenlos, Spende erbeten auf das unten angegebene Konto

Herausgeber: Referat Afrika

Postfach 68, **91561 Neuendettelsau**, Ruf: 09874/91302

Redaktion: Hans Köbler

Mission Eine Welt: <http://www.mission-einewelt.de>

Internet: www.tansania-information.de

eMail: africa@mission-einewelt.de

Spendenkonto :

Evangelische Bank, Kto. 1011 111 BLZ 52060410

IBAN: DE12 5206 0410 0001 0111 11 - BIC:GENODEF 1EK1

PRESSEGESETZE: ANHALTENDE KRITIK

Neue Mediengesetze: Starke Proteste

Im März und April wurden neue Gesetze zu Mediendiensten, Internetsicherheit und Gebrauch von Statistiken im Parlament eingebracht [s. TI Mai 2014, S.2; vgl. www.parliament.go.tz/index.php/documents/bills/all/all].

Das „Tansanische Herausgeber-Forum“ lehnt die Gesetze kategorisch ab; sie legten der Pressefreiheit einen Maulkorb an. R. Mengi, Vorsitzender des Verbands der Medien-Eigentümer (MOAT) sagte bei einer Konferenz der Mwalimu-Nyerere-Stiftung über Frieden, Einheit und Harmonie in Tansania, die neuen Gesetze gefährdeten den Frieden, weil sie die Meinungsfreiheit erheblich einschränkten. Z.B. müssten private Fernseh-Stationen anstelle eigener Meldungen täglich um 20 h die Nachrichten des staatlichen Fernsehens übernehmen. Statistische Angaben müssten mit dem Nationalen Statistik-Büro abgeglichen und von diesem autorisiert sein.

Ein Kommentar der „Business Times“ bezeichnet die Gesetze schlicht als Zensurversuch. Als Beispiel für die Einschränkung der Informationsfreiheit nennt er den vernichtenden Bericht des staatlichen Rechnungsprüfers. Dieser wurde von der Internet-Seite der Buchprüfungs-Körperschaft genommen und kann nur (noch) unter einem privaten Portal eingesehen werden (www.jamiiforums.com). Solche sozialen Medien sollen zukünftig lizenziert und kontrolliert werden.

Mehrere Menschenrechts-Organisationen (Sikika, Jamii Media, und Tanzania Human Rights Defenders Coalition) kündigten an, die umstrittenen Gesetze vor Gericht anzufechten. Sie widersprächen Artikel 18 der Verfassung, der Meinungs- und Informationsfreiheit garantiert. Sie machten den „großen demokratischen Fortschritt Tansanias“ rückgängig. Die zügige Bestätigung der Gesetze durch Präsident Kikwete sei ein „Schlag ins Gesicht der Öffentlichkeit. Die Organisationen bedauerten, dass die regierende Partei kurz vor der Wahl Gesetze durchdrücke, die demokratische Freiheiten einschränkten. Auch das „Tanzania Constitutional Forum“ will gerichtlich prüfen lassen, ob die Presse- und Informationsgesetze verfassungsmäßig sind.

Juristen bemängelten, dass die fraglichen Gesetze formuliert wurden, ohne Betroffene, Fachleute und die Öffentlichkeit einzubeziehen. Die Eile, mit der die Regierung vorging, zeige, dass eine öffentliche Diskussion gerade nicht gewünscht wurde. Die in den Gesetzen angedrohten Strafen seien zudem unverhältnismäßig hoch.

Der Politologe Prof. Baregu von der Lutherischen Tumaini-Universität sagte, die Gesetze verletzen das Recht auf freie Meinungsäußerung, besonders vor der kommenden Wahl. Sie schaden der Gemeinschaft und nutzen einigen Wenigen.

Ein Oppositionspolitiker äußerte, die herrschende CCM fürchte den freien Meinungsaustausch in Internetforen während des Wahlkampfs und versuche, ihn zu unterdrücken. Der offizielle Oppositionsführer in der Nationalversammlung F. Mbowe schrieb, die Regierung wolle unter dem Vorwand, Kinderpornografie und Hassreden zu bekämpfen, die Opposition mundtot und die Aufklärung von Korruptionsfällen unmöglich machen. „Jede Opposition muss dann wählen zwischen Schweigen und Gefängnis.“ Mbowe appellierte an die Entwicklungspartner, ihren Einfluss auf Regierung und Parlament gegen die geplante Gesetzgebung geltend zu machen.

Die oppositionelle Civic United Front plant eine Demonstration gegen die Gesetze. Auch der Bürochef des derzeit in TZ verbotenen „East African“ sieht einen Zusammenhang der Mediengesetze mit den bevorstehenden Wahlen. Regierungskreise wollten Medien und online-Information unter Kontrolle bringen.

Das staatliche Statistik-Büro verteidigte das Statistik-Gesetz; es betreffe nur Behörden, die Statistiken erstellen. Allerdings dürften Statistiken von Forschungseinrichtungen, Nichtre-

gierungs-Organisationen und Medien den offiziellen nicht widersprechen.

Al-Jazeera 18.06.15; Business Times 29.04/15.05.15; Citizen 29.04.; 18.05.; 11.06.15; DN 11.06.15; Guardian 29.04.; 18.,22.05.15;

Auslands-Reaktionen

Tansanische Zeitungen forderten die Entwicklungspartner, besonders die USA und die Weltbank, auf, zu den drakonischen Mediengesetzen deutlich Stellung zu nehmen und sich nicht auf Bekundungen von „Besorgnis“ hinter verschlossenen Türen zu beschränken.

Vertreter der Europäischen Union und der Entwicklungspartner Tansanias forderten Präsident Kikwete auf, im Umgang mit den kontroversen Gesetzen „weise zu handeln“. Die Kritik von Medienvertretern und Öffentlichkeit verdiene, beachtet zu werden. Der Präsident möge auf „unbeabsichtigte, negative Auswirkungen auf Meinungs- und Informationsfreiheit“ achten.

Schutz von Informanten

Das Parlament behandelte in 1. Lesung ein lang erwartetes Gesetz das Tippgeber und Zeugen schützt, die Korruption, organisiertes Verbrechen oder Vergehen gegen Umwelt- und Gesundheitsschutz aufzudecken helfen. Das Gesetz droht denen Strafen an, die die Identität eines Informanten preisgeben oder bei Vorliegen klarer Verdachtsmomente nicht handeln. Das Gesetz könnte das Gesetz gegen Internet-Verbrechen ergänzen, das den Besitz von geschützten Daten anderer kriminalisiert. Die Juristische Gesellschaft begrüßte die Initiative.

Citizen 19.06.15

Menschenrechte

Das Menschenrechtszentrum (LHRC - www.humanrights.or.tz) wies in seinem Bericht für 2014 auf fortdauernde Gefährdungen und Rechtsverletzungen hin:

- 320 Personen wurden wegen angeblicher Zauberei getötet
- 473 Menschen wurden Opfer von spontaner Lynchjustiz
- Drei Personen mit Albinismus wurden umgebracht
- Mehrere Polizeibeamte wurden im Dienst erschossen, um Waffen zu erbeuten
- Die Rechte von Frauen und Kindern konnten nur teilweise durchgesetzt werden. In der Mara-Region wurden mehr als 1000 Mädchen genital verstümmelt.
- Nur etwa 10% der Bevölkerung haben eine Sozialversicherung
- Nur 8,1% des Staatshaushalts standen für das Gesundheitswesen zur Verfügung: 15% sollten es nach der von TZ unterzeichneten Abuja-Erklärung sein.

Eine Umfrage der zivilgesellschaftlichen Organisation „Twaweza“ („yes, we can“ - www.twaweza.org) ergab, dass 30% der Befragten bestohlen oder beraubt worden sind. Viele fürchten Gewalt durch Jugendbanden oder während des Wahlkampfs. Polizei und Justizsystem werden mehrheitlich als elitärfreundlich und ineffektiv empfunden.

Die Tanzania Human Rights Defenders Coalition (THRDC - www.thrd.or.tz) zeichnete zwei Personen für ihre Verdienste um das Gemeinwesen aus:

- Der NCCR-Mageuzi-Abgeordnete David Kafulila stieß die Aufdeckung des 120 Mill.-\$-Skandals beim Verkauf des IPTL-Kraftwerks Tegeta an. Mehrere Minister und hohe Amtsträger mussten wegen Korruptionsverdachts zurücktreten.
- Das ehemalige Mitglied der Verfassunggebenden Versammlung Salma Mohamed zeigte an, dass sie bespitzelt und bedroht wurde, weil sie angeblich gegen den CCM-freundlichen Verfassungsentwurf gestimmt habe.

Citizen 29.04.15; Guardian 29.04.; 28.05.15;

WAHLKAMPF

Wahlkampf-Aktivitäten

Eine 30-köpfige Jugendgruppe brachte ein Porträtfoto von Präsident Kikwete auf dem Gipfel des Kilimanjaro an. Damit sollen dessen Verdienste gewürdigt und der interne Tourismus an-

geregt werden.

Vizepräsident M. Pinda hob im Parlament die aus seiner Sicht „eindrucksvollen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Errungenschaften“ der Kikwete-Administration von 2005 bis 2015 hervor:

- Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen stieg von TZS 360.865 (2005) auf 1.725.000 (2014)
- Die Zahl der Mobiltelefon-Besitzer stieg von 2,9 Mill. auf 32 Mill.
- 36% der Haushalte haben elektrischen Strom (2005: 13%)
- In den letzten 10 Jahren wurden \$ 74 Mrd. investiert und 869.635 Arbeitsplätze geschaffen
- 3.884 Straßenkilometer wurden geteert
- Die Zahl der Flugpassagiere stieg von 2,2 auf 4.7 Mill.
- Die Zahl der Primarschulen stieg von 14.257 auf 16.538, die der Sekundarschulen von 1.745 auf 4.753

Oppositionsabgeordnete konfrontierten die CCM mit nicht eingehaltenen Wahlversprechen: Wiederbelebung privatisierter, nicht produzierender Industriebetriebe wie General Tyre und Textilfabriken, Berufsbildungszentren in allen Distrikten, Wasserversorgung in allen Dörfern, kostenlose Behandlung für Senioren. Von den inlandsfinanzierten Entwicklungsprojekten seien 2014/15 nur 28%, von den auslandsfinanzierten gar nur 20% wie geplant finanziert worden. Die Regierungspartei sei „schwach und müde“.

Oppositionssprecher verlangten Aufklärung über TZS 106 Mrd., die im April plötzlich im Bildungssektor ausgegeben wurden, das ist das 50-fache dessen, was im laufenden Finanzjahr bisher für diesen Bereich aufgewendet wurde. Man vermutet, dass im Blick auf die Wahl Gehalts- und Zulagen-Rückstände ausgezahlt werden.

Viele Abgeordnete zeigten sich empört darüber, dass das Energieministerium den Verbleib von TZS 112 Mrd., die für die ländliche Elektrifizierung zweckgebunden waren, nicht erklären konnte. Damit fehlten der Rural Energy Agency 41% ihres Haushalts. Ihren Wählern hatten die Abgeordneten die bevorstehende Elektrifizierung versprochen. Die vermissten Milliarden waren durch eine Treibstoff-Abgabe eingezogen worden.

Citizen 13., 15.05.; 07., 16.06.15; DN 10.05.14; Guardian 12.04. 16.05.15

Wahlgewinne

- Der Mindestlohn für Regierungs-Angestellte soll um 13,5% auf TZS 310.777 angehoben werden.
- Die Mindestrente für Staatsbedienstete wird von TZS 50.000 auf 85.000 erhöht.
- Die Lohnsteuer wird von 12 auf 11% gesenkt (2006 betrug sie noch 18,5%).

Citizen 19.05.15; Guardian 12.06.15

Mahnende Stimmen zum Wahlkampf

Jugendverbände auf dem Festland und Sansibar wollen gemeinsam auf Frieden und Dialog im Wahlkampf hinarbeiten. Eine Kampagne mit Filmvorführungen soll vor allem auf dem Land die demokratischen Werte propagieren. Das Interreligiöse Komitee DSM rief zu politischer und religiöser Toleranz auf, damit Demokratie und Frieden im Land erhalten bleiben.

Das UN-Entwicklungsprogramm rief alle 22 Parteien des Landes zu friedlichem Dialog auf. Besonders die jugendlichen Sicherheitstruppen mancher Parteien müssten gut kontrolliert und geschult werden, um gewaltsame Auseinandersetzungen zu vermeiden.

Die Polizei nahm in der Tabora-Region einen 44-Jährigen fest, der seine 7-jährige Albino-Nichte verkaufen wollte. Die Regierung hatte davor gewarnt, dass während des Wahlkampfes die Angriffe auf Menschen mit Albinismus zunehmen könnten. Der Entführer wurde zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt.

Guardian 30.04.; 21.06.15; DN 13.05.; 18.06.15; Thomson Reuters 17.06.15

Präsidentenskandidatur

Nachdem die CCM das Rennen um die Kandidatur eröffnet hatte, meldeten 38 Personen ihre Kandidatur an, darunter vier Frauen. Die großen Oppositionsparteien bekräftigten ihr Vorhaben, einen gemeinsamen Präsidentenskandidaten zu präsentieren.

Vertreter des Menschenrechtszentrums (LHRC) kritisierten die teuren Festlichkeiten, mit denen einige CCM-Mitglieder ihre Präsidentenschaftskandidatur ankündigten. Die Situation

sei chaotisch und rieche nach Korruption, da die Kandidaten ihre Auslagen wieder abzahlen müssten. Im Gesetz zu den Wahlkampfkosten ist zwar festgelegt, dass ein Präsidentschaftswahlkampf nicht mehr als TZS 2 Mrd. (€ 1 Mill.) kosten darf, es schweigt jedoch zu den Kosten der Kandidatur-Erklärung.

Guardian 14.06.15

STAATSHAUSHALT 2015/16

Haushalt im Parlament vorgestellt

Die Finanzministerin S. Mkuya will im Finanzjahr 2014/15 TZS 22.495,5 Mrd. einnehmen und ausgeben, das sind TZS 2.642 Mrd. mehr als im Vorjahr. Die Steuereinnahmen werden auf TZS 13,363 Billionen, die Gebühreneinnahmen auf 1,1127 Bill. geschätzt, das entspricht etwa 57% des Budgets. Die Ministerin nannte als Hauptprobleme der Staatsfinanzen Steuerhinterziehung und chronisch defizitäre Staatsunternehmen. Sie rief die höheren Staatsbeamten auf, keine Steuerhinterzieher zu decken. Mkuya verzichtete diesmal darauf, Getränke- und Tabaksteuer oder die Umsatzsteuer zu erhöhen. Statt dessen steigt die Treibstoffsteuer um TZS 50/Liter, die Kerosinsteuer sogar um TZS 100/l. Steigen werden einige Import- (Industriezucker, Reis, Stahl, PVC-Rohre) und Exportsteuern (Rohleder), um heimische Produzenten zu schützen. TZS 5,7 Bill. sollen am Kapitalmarkt aufgenommen, 1,89 Bill. (8,4%) von Entwicklungspartnern aufgebracht werden (im Vorjahr 14,8%).

Ausgaben: TZS 16,7 Bill. gehen in laufende Ausgaben, hauptsächlich Personalkosten, 5,7 Bill. (26%) in Projektinvestitionen. Als wichtigste Ziele des kommenden Finanzjahres nannte die Ministerin: Finanzierung der allgemeinen Wahlen, Ausbildung von Fachkräften, Fertigstellung verzögerter Entwicklungsprojekte, Förderung der öffentlich-privaten Zusammenarbeit (PPP) und Wirtschaftswachstum um 7,2%.

Citizen 12., 16.06.15; DN 12.06.15; Guardian 30.04.; 12.06.15

Kritik

Die Opposition erinnerte daran, dass bereits im laufenden Haushaltsjahr von \$ 800 Mill. geplanter kommerzieller Anleihen nur 300 Mill. platziert werden konnten. Die hoch verzinsten Staatsanleihen konkurrierten zudem mit der Privatwirtschaft und trieben deren Zinsbelastung nach oben. Die Steuerschätzung müsse realitätsnäher werden. Im abgelaufenen Haushaltsjahr hätten 23 Ministerien und Agenturen keinen Shilling ihres Entwicklungsbudgets (für Investitionen) erhalten, acht weitere weniger als 10%.

Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Parlament forderte die Regierung auf, unnötige Ausgaben zu reduzieren, z.B. Auslandsreisen, Seminare und Luxusautos. Ein Abgeordneter sagte, 30 % aller Ausgaben seien nicht nachvollziehbar, was auf Korruption und Nachlässigkeit hinweise. Hier könne noch sehr viel eingespart werden.

Das Tanzania Policy Forum (www.policy-forum-tz.org) bedauerte, dass der Haushaltsausschuss des Parlaments nicht an der Budget-Planung beteiligt wurde. Der Haushalt 2015/16 sei daher unrealistisch und riskiere, dass wie im Vorjahr vor allem Entwicklungsinvestitionen einfach nicht umgesetzt werden. Da auf dem Bildungssektor 80% der Ausgaben für Fixkosten verplant sind, müsse die Regierung erklären, wie sie die versprochene gebührenfreie Bildung für alle realisieren will.

Entwicklungsexperten bemängeln die dürftige Förderung des Agrarsektors mit nur 6,6% der Ausgaben. Noch müssten sich 75% der Bevölkerung mit 25% des Nationaleinkommens begnügen. Dies betreffe in erster Linie die Landbevölkerung und sei nicht mit dem Ziel der Armutsbekämpfung vereinbar. Zudem müsse man damit rechnen, dass wie bisher nur ein Teil der veranschlagten Summe tatsächlich zur Verfügung gestellt wird.

Die deutlich erhöhte Kerosinsteuer belastet vor allem ärmere Haushalte, die von der Anhebung des Mindestlohns und der Pensionen nicht profitieren. Die Kosten für Transport, Kochen und Beleuchtung steigen ohnehin wegen der anhaltenden Schwäche des tansanischen Shillings gegenüber dem US-Dollar.

Neues Steuergesetz

Ab Juli gilt ein neues Steuerrecht, das die meisten, oft wenig durchsichtigen Steuernachlässe aufhebt und statt dessen auf die Besteuerung wichtiger Güter generell verzichtet. Dazu gehören Bedarf von Landwirtschaft und Fischerei, medizinischer Bedarf und alle Investitionsgüter. Steuererleichterung gibt es nur noch für „strategische Investoren“, die mindestens \$ 300 Mill. Kapital mitbringen und nicht weniger als 1.500 Arbeitsplätze für Einheimische schaffen. Die religiösen Organisationen gewährten Steuernachlässe betragen nur 0,05% aller Vergünstigungen.

Problematisch ist vor allem die Umsetzung der Steuergesetze: von 15 Mill. an sich steuerpflichtigen Tansaniern zahlen nur 1,5 Mill. tatsächlich Steuern. Eine Reihe von Abgeordneten mit Privatbetrieben zahlen keine Steuer. Ein Abgeordneter meinte dazu, es sei unfair, Parlamentsmitglieder an den Pranger zu stellen, weil sehr viele Leute keine Steuern zahlten.

Citizen 12.06.15; Guardian 15.06.15

Sansibar: Haushaltsplan 2015/16

Sansibar plant TZS 830 Mrd. an Einnahmen und Ausgaben. Da Zuschüsse ausländischer Geber als unzuverlässig eingestuft werden, wurde eine neue Infrastruktur-Steuer eingeführt. Der Finanzminister beklagte, dass Sansibar unter den Verzögerungen bei den Auslandszuschüssen gelitten habe, obwohl es nichts mit den dafür ursächlichen Korruptionsskandalen auf dem Festland zu tun hatte. Ausgaben: Für Pensionen von Abgeordneten und Politikern werden TZS 11 Mrd. eingesetzt, für eine neue Altersrente (TZS 20.000/Monat) für alle über 70-Jährigen 1,65 Mrd., für Bildung TZS 8 Mrd.

DN 14.05.15

Misswirtschaft und Verschuldung

Der neue Generalrevisor *Prof. M. Assad* präsentierte dem Parlament seinen Jahresbericht für 2013/14. Er hatte stichprobenartig 176 Regierungsstellen und 775 Entwicklungsprojekte überprüft. Dabei stellten sich gravierende Fälle von Veruntreuung und Verschwendung heraus:

- TZS 22,8 Mrd. gingen durch missbräuchliche Steuernachlässe verloren (Geita Gold Mine und Resolute Tanzania Ltd., beide im Goldbergbau; Tourismus-Unternehmen in Arusha und Karatu). Insgesamt verliert das Land \$ 1,684 Mrd. durch unberechtigte Steuernachlässe an ausländische Firmen. Das sind 18% des neuen Haushalts.
- TZS 1,7 Billionen sind nicht gezahlte Steuern aus jahrelang anhängigen Verfahren.
- 9 Regierungsbehörden und 163 Lokalbehörden erhielten einen eingeschränkten Prüfungsvermerk, was erhebliche Unregelmäßigkeiten bedeutet. Diese Dienststellen hatten Geschäfte in Höhe von TZS 9 Mrd. mit Firmen getätigt, die keine elektronisch überprüfbaren Quittungen ausstellen.
- Gehälter in Höhe von TZS 1,1 Mrd. wurden an verstorbene, ausgeschiedene und pensionierte Mitarbeitende ausgezahlt; dazu noch TZS 845 Mill. an Versicherungsbeiträgen und Lohnsteuer. Dies deutet auf ein korruptes Netzwerk im Finanzministerium und diversen Behörden hin.
- TZS 544 Mill. Auslandszulagen gingen an pensionierte Botschaftsangehörige, die weiter im Ausland leben.
- Weitere Milliarden sieht der Kontrolleur verschwendet durch Aufträge, die ohne Wettbewerb vergeben wurden (National Housing, Ngorongoro-Parkbehörde).
- Eindringlich warnte er vor der alarmierenden Staatsverschuldung bei den Rentenkassen. Sie betrage nun TZS 9 Billionen (€ 409 Mrd.) und gefährde ernsthaft deren Liquidität und Ertragsstärke [vgl. TI Mai 2015, S.12]. Die Regierung will diese Schulden mit mittel- und langfristigen Staatspapieren „zurückzahlen“. Diese sind theoretisch handelbar, aber wohl nur mit Verlusten.
- Die hoch verzinsliche Inlandsverschuldung des Staates stieg auf TZS 7,3 Billionen. Die nationale Gesamtschuld (ohne Kredite der Sozialversicherungen und unbezahlte Rechnungen) stieg auf TZS 35 Bill., etwas über 40% des BIP.
- Städtische und ländliche Lokalbehörden sind in zahlreiche Schadensersatz-Prozesse verwickelt (meist Landkonflikte) und müssen für die beiden letzten Jahre mit Kosten von TZS 114 Mrd. rech-

nen.

Der Revisor empfahl genauere Kontrollen und Durchsetzung der elektronischen Steuerkontrolle. Damit könnte mehr Geld eingenommen werden als ausländische Geber an Haushaltszuschüssen gewähren. Prof. Assad setzt die konsequente Aufdeckung von Missständen seines Vorgängers L. Utouh fort. Er muss sich jedoch darauf beschränken, Berichte vorzulegen, ohne gerichtlich vorgehen zu können.

Citizen 20.,22.05.15; DN 05.05.15; Guardian 20.05.; 12.06.15

VERSCHIEDENES

Mwalimu Nyerere Memorial Academy

Die Nyerere-Akademie in Kivukoni, DSM, erhielt einen akademischen Lehrstuhl mit dem Titel „Mwalimu Nyereres Schatzkästlein“ ("Kibweta cha Mwalimu Nyerere."). Er bietet einen einjährigen berufsbegleitenden Kompaktkurs für Führungspersonen an. Sie werden dabei in Vorlesungen und praktischen Übungen in Führungskultur, Ethik und Regierungskunst im Geist des Gründerpräsidenten Julius Nyerere eingeführt. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Auseinandersetzung mit Charisma, Hingabe und Integrität von Nyereres Persönlichkeit, aber auch mit seinen Irrtümern in wirtschaftlichen Fragen.

DN 19.05.14

Landesgrenzen, Verteidigung

Das Landministerium wird bis 2017 die etwa 4000 km lange Landesgrenze mit insgesamt 10 Nachbarländern überprüfen und markieren. Damit sollen Konflikte vermieden werden. Diese wird man jedoch kaum umgehen können, wenn es um die Grenze mit Malawi auf dem Nyassa-See geht.

Präsident Kikwete stellte zwei neue Patrouillen-Schiffe chinesischer Herkunft in Dienst. Sie wurden nach den Heimatdörfern Nyereres und Kikwetes benannt. Die Schiffe sind die größten der tansanischen Marine und sollen den Kampf gegen Seeräuber und illegale Hochseefischer, sowie den Schutz der Öl- und Gasfelder im Indischen Ozean verstärken. Bisher war das Land bei Hochsee-Einsätzen auf die Hilfe ausländischer Kriegsschiffe angewiesen. Weitere Modernisierungsmaßnahmen sollen demnächst die Schlagkraft der tansanischen Streitkräfte stärken.

Das Regionalzentrum gegen leichte Waffen (RECSA, eine gemeinsame Initiative von AU und EU - www.recsasec.org) plant 2016 eine Entwaffnungsaktion in Ostafrika. In der Region sind etwa 100 Mill. sogenannte leichte Schusswaffen im Umlauf, vor allem unter den halbnomadischen Viehhaltern. Dort herrsche eine regressive Kultur, die junge Männer zum Waffentragen ermutige. Man will nach dem erfolgreichen Modell vorgehen, mit dem Uganda durch Aufklärung, Gesundheits- und Sicherheitsdienste die unruhige Karamojang-Region befriedet hat. Die Weltbank betonte den engen Zusammenhang zwischen Sicherheit und wirtschaftlicher Entwicklung. Sie will die Arbeit der RECSA unterstützen.

Der RECSA-Generalsekretär beglückwünschte Tansania für seine Anstrengungen gegen die Verbreitung illegaler Waffen. Tansania ist seit 2008 dabei, die Waffen von Armee, Polizei und legalen Waffenbesitzern zu markieren. Tansania erhielt von den USA zwei Markiermaschinen, um den Prozess zu beschleunigen.

Citizen 25.,29.04.15; DN 29.04.; 26.05.15; Guardian 29.04.15

Fußball-Frauen nach Berlin

Auf Einladung von „Discover Football“ (www.discoverfootball.de) besuchen sechs Fußballerinnen aus der Kagera-Region Berlin. Dort werden sie eine Woche lang mit deutschen Kolleginnen trainieren. 25 Frauen im Misenyi-Distrikt gründeten einen Fußball-Club, den ersten der Region.

DN 14.06.15

Entschuldigung gefordert

Der Abgeordnete des Rombo-Distrikts forderte eine öffentliche Entschuldigung vom Distriktschef. Dieser hatte den Männern seines Distrikts exzessiven Alkoholmissbrauch vorgeworfen. Der gehe so weit, dass die Trinkfreudigen ihren Gattinnen deren eheliche Rechte vorenthielten. Diese sähen sich gezwungen, auf Männer aus dem benachbarten Kenia zurückzugreifen. Das sei unzutreffend und eine schwere Beleidigung.

Die Polizei hatte 52 Verdächtige festgenommen, die einen illegalen Schnaps namens „Gongo“ hergestellt und verkauft hatten. Dabei wurden 3.500 Fässer mit Molasse und anderen Ingredienzien beschlagnahmt, die für 1,8 Mill. Liter ausgereicht hätten. Um dem Gebräu mehr Durchschlagskraft und Suchtpotential zu verleihen, setzten ihm die Hersteller gefährliche Substanzen zu wie Ammoniumsulfat, Ammoniumnitrat, Mangan, Batteriesäure und menschliche Fäkalien. In der Gegend werden 45 verbotene Alkoholika hergestellt. In DSM waren kürzlich mehrere Gongo-Konsumenten einschließlich des Brauers selbst gestorben.

Citizen 22.05.15; DN 21.,22.06.15

SCHWERPUNKT: BILDUNGSWESEN I

BILDUNGSPOLITIK

Erfolge

Nach dem „Education for All (EFA) Global Monitoring Report 2015“ ist Tansania unter den sieben schwarzafrikanischen Ländern, die fast allen Kindern eine Basis-Schulbildung anbieten können. Der Anteil der Grundschul-Abbrecher sank auf 12,5%. Andere Ziele des EFA-Konzepts erreichte TZ wenigstens teilweise:

- Kostenlose, verpflichtende Grundschulbildung auch für Mädchen und ethnische Minderheiten
- Gleichberechtigter Zugang zu allen Ausbildungsgängen
- Alphabetisierung aller Erwachsenen und Zugang zu fortlaufenden Bildungsangeboten
- Messbar gute Leistungen in Lesen, Schreiben, Rechnen und Lebenstüchtigkeit für alle

Weltweit erreicht 1/3 der Länder diese Ziele, keines in Schwarzafrika.

Präsident Kikwete bezeichnete die seit 2005 flächendeckend eingerichteten Bezirks-Sekundarschulen als erfolgreich. Sie ermöglichten praktisch allen Geeigneten, die Mittlere Reife (O-level) zu erreichen. Auch der zunächst ebenfalls flächendeckende Mangel an Klassenräumen, Schulbänken, Lehrmaterial, Schulbüchern und Lehrkräften sei weitgehend überwunden. Manche Bezirks-Sekundarschulen hätten sogar die viel gepriesenen Privatschulen überflügelt. Seit 2005 wurden 3.500 Community Secondary Schools errichtet.

Die Region Mwanza erreichte die für 2013/14 gesetzten Ziele im Bildungsbereich der Initiative „Big Results Now“: 11 Grundschulen sind unter den 100 besten des Landes. 98 Sekundarschul-Lehrkräfte bildeten sich fort in Sprachen, Mathematik und Naturwissenschaft. 2.248 Klassenräume, 148 Labore und 50 Lehrerhäuser wurden errichtet. Der Bau von 11 neuen Sekundarschulen wurde begonnen. Premier M. Pinda teilte mit, landesweit habe der Bildungssektor mit 81% die meisten für 2014 gesetzten Ziele im Rahmen der BRN-Initiative erreicht. Für die Wasserversorgung gab Pinda 80% Erfolgsquote an, für Energie 79%, für Landwirtschaft 77%, für Transportwesen 64% und für Ressourcen-Erschließung 54%.

Sansibar schafft ab Juli 2015 alle Beiträge für Grundschüler ab. Seit 2010 wurden 1.780 Lehrkräfte eingestellt und 299 Primarschulen errichtet. Die Zahl der Hochschul-Studenten stieg von 3.600 auf 6.000. Die OPEC unterstützte das Schulwesen mit \$ 10 Mill.

Die früher häufigen Betrugsversuche bei Prüfungen gingen auf allen Ebenen zurück: Primarschulen 1 Ertappter (2011: 9.736), Sekundarschulen 184 ('11: 3.303), Hochschulen 3 (11). Der Nationale Examensrat erstellt jährlich eine Analyse, die Lehrkräften Hinweise auf Stärken und Schwächen gibt.

Daily News berichtete von einer 25-jährigen dreifachen Mutter, die die selbe Grundschule besucht wie ihre Kinder. Sie trat in die 5. Klasse ein und ist damit ihrer ältesten Tochter ein Jahr voraus. Sogar die üblichen Schläge mit dem Rohrstock auf die Hände akzeptiert sie als Zeichen ihrer vollen Schüler-Identität. Die eifrige Schülerin will Lehrerin werden. Die Meru-Schule in Arusha zählt insgesamt 20 heranwachsende und erwachsene Schüler/innen.

Mitglieder der Tanzania Forest Conservation Group auf Sansibar führten Grundschul Kinder durch das Dole-Masingini-Waldschutzgebiet und pflanzten mit ihnen 2.500 Bäume, die die Kinder auch weiter betreuen. Eltern und Regierungsvertreter begrüßten die Initiative, da sie die Ressourcen der kommenden Generation bewahre. Fortschrittliche Lehrer der örtlichen Koranschule interpretierten den Umweltschutz als vom Koran gebotenes „Almosen“ und damit für jeden Muslim verbindlich.

Citizen 13.,14.04.; 13.05.15; DN 31.01.14; 12.01.; 17.04.; 29.04.; 24.05.; 06.06.15; Guardian 13.01.; 24.02.; 06.03.15

Kritische Stimmen

Vizepräsident G. Bilal hob hervor, nur eine qualitativ hochwertige Bildung auf allen Ebenen (Quality Education for All – QEA) könne vermeiden, dass die schnell wachsende Bevölkerung Afrikas zur Zeitbombe wird. Für 2050 werden in Ostafrika 400 Mill., in Schwarzafrika insgesamt 2 Mrd. Einwohner erwartet.

Der Citizen erinnert daran, dass etwa 90% der Politiker und Prominenten ihre Kinder auf Privatschulen im In- und Ausland schicken. Dies zeige, was sie von den schlecht ausgestatteten öffentlichen Schulen halten. Deren Probleme würden auch nicht durch ein neues Bildungskonzept gelöst.

Der Guardian zitiert das Motto der diesjährigen Bildungswoche „Bildung ist das Recht jedes Kindes“. Dieses Recht sei eklatant verletzt durch Klassenräume ohne Fenster, Türen und Bänke und, wenn sich je drei Schüler ein Lehrbuch teilen müssten.

Ein Kommentar des Guardian beklagt, dass Fähigkeit und Interesse am Lesen zurückgehen. Nur 60% der Schüler besuchten jemals die Schulbibliothek. Selbst Journalisten recherchierten mehr im Internet als in Büchern. Immer mehr Schulabgänger könnten nicht flüssig lesen.

Etwa 1,5 Mill. Kinder zwischen 11 und 18 Jahren besuchen keinerlei Schule. 13 Jahre nach Einführung der „Ergänzenden Grundbildung“ (Complementary Basic Education - COBET) für erfolglose Grundschüler sind von den 15 bis 19-Jährigen 16% der Mädchen und 15% der Jungen volle Analphabeten ohne jede Kenntnis im Lesen, Schreiben und Rechnen. Das COBET-Programm läuft noch bis 2016 und gilt vielen Mitwirkenden als ineffektiv. Das Bildungsministerium setzt nun auf die „Global Partnership for Education (GPE – www.global-partnership.org; vgl. TI Feb. 2014). Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) meint, 58,5% der tansanischen Jugendlichen qualifizierten sich nicht für den Arbeitsmarkt. Nach dem UNESCO-Bericht für 2014 können 14 Mill. Tansanier/innen nicht lesen und schreiben. Das entspricht 33% der Bevölkerung (2002: 17%).

Die parlamentarische Opposition warf der Regierung vor, keine Konzeption für den Bildungsbereich zu haben und unzureichende Mittel einzusetzen. 67% aller Schulen seien 2014 nicht inspiziert worden. Investitions-Mittel seien nicht ausgezahlt worden. Prüfungsergebnisse würden einfach durch neue Benotungssysteme verbessert. Manche Prüfungsfragen seien unlogisch. Ein Abgeordneter bot jedem Professor im Haus TZS 10 Mill., der die Rechenaufgaben des letzten Grundschul-Examens zu 100% löse. Ein Professor der Uni DSM bedauerte, dass gewisse Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung nicht in der Lage waren, ihre Gedanken klar und zusammenhängend zu formulieren. Dies lasse das Bildungsniveau in einem bedenklichen Licht erscheinen.

Citizen 16.05.14; 13.02.; 09.03.; 02.06.15; DN 28.04.15; Guardian 20.;23.05.; 11.06.; 28.11.14; 12.05.; 04.06.15;

Ursachenforschung

Die Zivilorganisation Twaweza (www.twaweza.org) wies darauf hin, dass sich der Bildungshaushalt während der letzten Dekade verdreifacht hat, während die Qualität zurückging. Dies zeige, dass zu viel in quantitative Ausweitung und zu wenig in innovative Arbeitsformen und

in Motivation der Mitarbeitenden investiert worden sei.

Das Legal and Human Rights Centre führte nach dem verheerenden Sekundarschul-Examen 2012 (61% fielen durch) eine Umfrage durch. Es fand folgende Ursachen des Qualitätsverlustes im Bildungsbereich:

- Mangel an Lehrmaterial
- Ungünstiges Arbeitsumfeld
- Lehrermangel
- Mangelhafte Aus- und Fortbildung der Lehrer
- Geringe Motivation der Lehrkräfte wegen schlechter Bezahlung, ausstehender Gehälter, fehlender Anerkennung und armseliger Wohnbedingungen
- Unzureichende Unterstützung durch die Eltern
- Lückenhafte Überprüfung, besonders auf dem Land
- Realitätsfremde Lehrpläne
- Schulversäumen wegen weiter Schulwege, Kinderarbeit, Schwangerschaft und Initiationszeremonien

Das Bildungsministerium nennt als wichtige Ursachen für die Unzulänglichkeiten im Bildungsbereich:

- Die Pro-Schüler-Zuweisungen an die Schulen laufen bisher über die Stadt- und Distriktsverwaltungen und werden nur verzögert oder teilweise ausgezahlt.
- Die Höhe der Zuweisung wurde längere Zeit nicht mehr angepasst (TZS 10.000 für Grund-, 25.000 für Sekundarschulen)
- Viele neu gegründete Schulen finden nicht genug qualifizierte Lehrkräfte. Die Regierung bezifferte das Defizit an Lehrkräften auf 43.441 Stellen. Daher stellte das Bildungsministerium 2.700 naturwissenschaftliche, 11.795 einfache, 6.596 diplomierte und 12.666 akademische Lehrkräfte ein. Dazu kommen 10.625 neu eingestellte Labortechniker.
- Es fehlen 140.812 Lehrerhäuser an Grund- und 56.520 an Sekundarschulen
- An Grundschulen müssen sich 5, an Sekundarschulen 3 Schüler ein Lehrbuch teilen
- In manchen ländlichen Gebieten fehlt es noch am Nötigsten. Im sansibarischen Parlament wurde von einer Schule berichtet, wo 200 Schüler in einem Raum auf dem Boden sitzen. Ein Lehrer unterrichtet, einer verfolgt das Benehmen der Schüler, einer fungiert als Zuchtmeister.
- 1.882.313 Schulbänke fehlen in öffentlichen Schulen
- Zu wenige Schulbücher werden von einheimischen Pädagogen geschrieben
- Viele Sekundarschüler auf Sansibar scheitern in Examina an mangelnden Englischkenntnissen.

DN 28.04.; 11.06.15; Guardian 07.05.; 11.06.; 29.11.; 11.12.14;

NEUE BILDUNGSPOLITIK VORGESTELLT

Im Februar stellte Präsident Kikwete die neue Bildungs- und Ausbildungspolitik Tansanias vor. Sie soll durch eine hochwertige Schulbildung zur Selbständigkeit erziehen und für den Arbeitsmarkt fit machen. Wichtige Punkte darin sind:

- Alle Kinder im Alter zwischen 3 und 5 Jahren besuchen für mindestens ein Jahr eine Vorschule (verpflichtend).
- Die Basis-Schulbildung beginnt im Alter von 4 bis 6 Jahren und soll alle Kinder in 10 Schuljahren bis zur Mittleren Reife (bisher Sekundarschule Form Four) führen. Die Abschlussprüfung nach der sechsten Jahrgangsstufe entfällt.
- In den ersten beiden Schuljahren wird anstatt bisher sieben Fächern nur noch Lesen, Schreiben und Zählen unterrichtet. Kein Schüler soll in die 3. Klasse vorrücken, ohne diese Techniken sicher zu beherrschen
- Die Basis-Erziehung konzentriert sich auf Kommunikationsfähigkeit, Lesen, Schreiben und Rechnen, sowie handwerkliche Kenntnisse. Überfrachtete Lehrpläne sollen entrümpelt werden.
- Alle Lehrpläne werden überarbeitet mit dem Ziel, den Schülern praxisnahes Wissen und die Fähigkeit zu vermitteln, sich dem Arbeitsmarkt und dem Wettbewerb anzupassen.
- Die naturwissenschaftlichen Fächer werden besonders gefördert
- Das Lernumfeld soll verbessert werden, vor allem durch ausreichende Infrastruktur: Klassenräume, Wasser- und Stromversorgung, Toiletten und Lehrerwohnungen.
- Der Besuch von öffentlichen Sekundarschulen soll ab 2016 gebührenfrei sein.
- 2014 wurden 36.339 Lehrkräfte neu eingestellt. Nunmehr fehlen noch 26.946 Lehrer/innen an Pri-

- mar- und 18.288 an Sekundarschulen. Jährlich werden 2.500 Junglehrer ausgebildet.
- Auf allen Ebenen bis zur Universität soll Kiswahili als Unterrichtssprache dienen. Englisch soll jedoch weiter als zweite Sprache gelehrt werden. Beide Sprache sollen besser als bisher vermittelt werden.
 - Alle Schulen sollen einheitlich ein Lehrbuch für das jeweilige Fach verwenden. So sollen Prüfungsergebnisse vergleichbarer werden. Jeder Schüler wird sein eigenes Buch im jeweiligen Fach haben. Die Bücher für Standard 1 und 2 wurden bereits ausgeliefert.
 - Privatschulen sollen die gleichen Bücher verwenden wie öffentliche Schulen. Ihre teilweise exorbitanten Gebühren sollen reguliert werden.

Die neue Bildungspolitik muss noch als Gesetz formuliert und in Aktionspläne umgesetzt werden.

Citizen 12.01.; 13.,14.02.15; Guardian 18.11.14; 20.04.; 15.05.; 07.06.15;

Kritische Stellungnahmen

Lehrplan-Experten der UN begrüßten die Erweiterung der Basis-Bildung auf 10 bis 11 Schuljahre. Dies verwirkliche das „Basic Education in Africa Programme“.

Bildungs-Fachleute kritisierten, dass die neue Bildungspolitik nicht in Fachkreisen und der Öffentlichkeit diskutiert werden konnte. Sie könne daher nur als Entwurf für weitere Entwicklungen dienen.

Kommentatoren betonen, es helfe nicht weiter, immer neue Bildungskonzepte zu entwerfen; vielmehr müsse irgendein Konzept solide finanziert und entschlossen verwirklicht werden. Solange Klassen überfüllt sind und Schulbänke, Wasser, Elektrizität und Latrinen fehlen, brächten auch neue Labore keinen Fortschritt. Das Versprechen eines Laptop für jeden Schüler sei unrealistisch, solange nicht einmal jedes Kind seinen Maisbrei erhält.

Kritisiert wurde auch, dass die Zielsetzungen sehr allgemein formuliert und kaum konkrete Strategien zu erkennen seien. Auch fehle ein Zeitplan für die Umsetzung. Akademische und berufliche Bildung, darunter auch die Lehrerbildung, sei kaum einbezogen.

Die Business Times hält die geplante 10-jährige Grundschule in erster Linie für ein Wahlkampf-Manöver, das das Arbeiter- und Bauern-Image der regierenden CCM unterstreichen soll. Sie befürchtet ein weiter sinkendes Bildungsniveau, wenn diese Schulen von den lokalen Behörden geführt und beaufsichtigt werden. Diese seien bisher besonders durch finanzielle Unregelmäßigkeiten hervorgetreten. Die Finanzierbarkeit des Projekts erscheine fraglich angesichts der immensen Schulden des Staates bei seinen Lehrern.

Die Abschaffung der Schulgebühren entlastet die Familien nur teilweise, da sich die vielfältigen sonstigen „Schulbeiträge“ zu hohen Kosten summieren. Laut Tanzania Education Network kann man nicht von kostenloser Schulbildung sprechen, solange die hohen „Beiträge“ bestehen bleiben.

Vor allem aus Universitäten wurden Bedenken gegen Kiswahili als ausschließliche Unterrichtssprache geäußert. Bereits heute könnten sich viele nicht angemessen auf Englisch ausdrücken. Dies würde sich mit der neuen Sprachpolitik nochmals verschlechtern. Die Verfechter des Englischen als Unterrichtssprache befürchten kulturelle und wirtschaftliche Isolation sowohl in Ostafrika als auch weltweit, falls die Beherrschung des Englischen weiter abnimmt. Ferner wüchsen die Kinder der Elite ohnehin mit Englisch als Schulsprache auf, so dass die auf Kiswahili Beschränkten mehr und mehr eine Bildung zweiter Klasse erhielten.

Business Times 21.02.15; Citizen 13.01.; 09.,18.03.; 22.,29.03.15; Guardian 20.04.; 03.04.; 14.,15.05.15;

Projekte und Maßnahmen

Die amerikanische Entwicklungsagentur USAID stellt für 1.800 Waisen und benachteiligte Jugendliche Stipendien bereit, mit denen sie eine Berufsausbildung machen können. USAID stellt ebenfalls 2.500.000 Schulbücher für Biologie, Chemie, Mathematik und Physik zur Verfügung. Daher verfügen jetzt je zwei Schüler über ein Lehrbuch. Die Texte wurden von tansanischen Experten verfasst.

Der „British Council“ führte in Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium in 500 Sekundarschulen erfolgreich seinen neu entwickelten „Baseline“-Kurs durch. Dabei lernen Sekundarschul-Anfänger in sechs Wochen auf aktive Weise Englisch als Unterrichtssprache zu

verwenden. Die Lehrkräfte erhalten eine gründliche methodische Einführung.

Die Vodafone Stiftung entwickelte ein „Sofort-Klassenzimmer“, auch „Schule in der Kiste“ genannt, für entlegene Schulen, besonders in Flüchtlingslagern. Es enthält einen Laptop, der mit 25 Tablets vernetzt ist, sowie Projektor, Lautsprecher und Stromquelle. Zusammen mit der UN-Flüchtlingsorganisation wurde in dem riesigen Lager Dadaab / Kenia ein Lernprogramm entwickelt und dort mit 18.000 Kindern erfolgreich erprobt. Es soll in den nächsten Jahren etwa 40.000 Flüchtlingskindern in Ostafrika zugute kommen.

56 entlegene Schulen werden mit dem solar-betriebenen „Pi-oneer-Lernsystem“ von „Powering Potential“ (www.poweringpotential.org) ausgestattet. Dabei vermittelt ein winziger Raspberry-Computer (www.raspberrypi.org) digital gespeicherte Lerninhalte über Projektor oder Fernsehschirm.

Citizen 20.05.15; DN 26.02.; 02.03.15; Guardian 14.05.; 04.06.15;

Prügelstrafe umstritten

Ein Sekundarschüler im Kiteto-Distrikt starb, nachdem er 12 Stockschläge von drei Lehrern wegen einer schlechten Kiswahili-Arbeit erhalten hatte. Menschenrechtsorganisationen und Vertreter des „Tanzania Education Network“ bedauerten, dass viele Eltern, Lehrer und lokale Verantwortliche noch immer an der traumatisierenden und demotivierenden Strafe festhalten. Sie forderten die Regierung auf, Körperstrafen wieder (wie früher) zu verbieten. Vor einigen Jahren ließ der Kagera-Distrikts-Chef sogar 19 Lehrer wegen schwacher Leistungen mit dem Rohrstock schlagen. Dies führte zu lebhaften Diskussionen über demütigende Strafen und das Schulschwänzen aus Angst vor derartigen Bestrafungen.

Citizen 24.04.14; DN 29.01.14

Investitionen

Im Rahmen des neuen „Programme for Results“ gewährt die Weltbank Tansania über die kommenden vier Jahre einen Kredit von \$ 122 Mill., um die Lernbedingungen an Grund- und Sekundarschulen zu verbessern.

Das Programm zur Qualitätssteigerung im Bildungswesen (EQUIP-T) wird von Großbritannien über vier Jahre mit \$ 60 Mill. unterstützt. Es trainiert Grundschul-Lehrkräfte in modernen Arbeits- und Verwaltungsmethoden.

Die „Global Partnership for Education“ stellt im nächsten Finanzjahr (ab Juli) \$ 100 Mill. für die Unterstützung der Grundfertigkeiten (Literacy and Numeracy Education Support) bereit. Alle Bezirks-Bildungsbeauftragten sollen ein Motorrad erhalten und die Schulen ihres Bereichs regelmäßig inspizieren. Sie müssen in Zukunft einen Hochschul-Abschluss vorweisen. 45 Fahrzeuge für Distrikts-Beauftragte werden beschafft. Alle Lehrpläne will man revidieren und regelmäßige Fortbildung für die Lehrkräfte anbieten.

Die Region Dodoma reservierte TZS 500 Mill., um die besten Sekundarschulen und -Lehrer zu belohnen und zu motivieren.

Citizen 12.07.14; DN 14.,16.04. 05.05.15; Guardian 09.06.14; Sabahi 09.06.14;

Lehrkräfte, Aus- und Fortbildung

Im Mai 2015 wurden 31.056 neue Lehrkräfte an ländlichen Primar- und Sekundarschulen angestellt. Damit kommen nun durchschnittlich 45 Schüler/innen auf eine Lehrkraft. Bisher war das Verhältnis in einigen Regionen wie Tabora bis zu 1:270. Tausende von ausgebildeten Lehrern, die seit zwei Jahren auf Beschäftigung gewartet hatten, erhielten damit eine Anstellung.

Alle Lehrkräfte an Grund- und Sekundarschulen müssen in Zukunft ein Diplom haben. Die einfache Ausbildung in Lehrerseminaren (certificate) wird eingestellt. Inhaber dieses Abschlusses müssen sich in speziellen Colleges bis zum Diplom weiterbilden. 98 private Lehrerseminare müssen daher schließen oder eine andere Orientierung finden. Der Generalsekretär des Privatschul-Verbandes kritisierte diese Entscheidung. Sie sei rein politisch motiviert und zum Nachteil des Erziehungswesens. Die Seminar-Ausbildung war zwar eher praxisorientiert, hatte aber keinen guten Ruf, weil ihre Studenten teilweise nur eine schwache

Vorbildung mitbrachten.

Das Tanzania Institute of Education hat ein Rahmenwerk für Lehrkräfte der 1. und 2. Grundschulklasse entwickelt. Damit sollen zu Beginn der Schulkarriere solide Grundlagen in Lesen, Schreiben und Rechnen gelegt werden. Man hofft, damit bis 2017 den Prozentsatz der Schüler, die diese Fertigkeiten gut beherrschen, von 8 auf 17% zu steigern. Die Rate der Erfolglosen soll von 40 auf 35% sinken.

Die Erziehungsbehörde (Tanzania Education Authority) führt ein „Student Teacher Enrichment Programme“ für 18.015 Lehrkräfte durch. Damit will man vor allem solide Grundkenntnisse in Englisch, Kiswahili und Mathematik bei allen Schülern erreichen. 420 Ausbilder werden die Kurse begleiten.

Die Uni Dar-Es-Salaam führt in Zusammenarbeit mit dem British Council einen viermonatigen Intensivkurs für 100 Sekundarschul-Lehrkräfte durch. Der British Council unterstützt auch etwa 500 Schulpartnerschaften zwischen tansanischen und englischen Schulen.

Auf Verlangen des Privatschul-Verbandes (TamongSCO) will sich das Bildungsministerium darum bemühen, die Gebühren für die Arbeitserlaubnis für Lehrkräfte aus der Ostafrikanischen Gemeinschaft zu senken. Sie beträgt derzeit \$ 2.500. Der Verband spricht von 26.000 fehlenden Lehrern, vor allem für Mathematik, Naturwissenschaften und Englisch. Er verlangt, die Gebühr ganz abzuschaffen. Auch von Entwicklungspartnern finanzierte Lehrkräfte sollten eine kostenfreie Arbeitserlaubnis bekommen. Die langen Wartezeiten auf Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis zwingen manche Privatschulen dazu, illegale Einwanderer zu beschäftigen.

Viele Lehrkräfte sind demotiviert, weil ihnen die Regierung hohe Beträge an Gehalt, Zulagen und Entschädigungen schuldet. Die Lehrer hatten im laufenden Finanzjahr Nachforderungen in Höhe von TZS 57 Mrd. angemeldet, wodurch ihre Gesamtforderung auf stolze TZS 283 Mrd. anstieg. Das Erziehungsministerium bestreitet allerdings viele dieser Forderungen. Sie müssten mit Hilfe des staatlichen Rechnungsprüfers verifiziert werden. Präsident Kikwete versprach bei einer Konferenz der Lehrgewerkschaft (TTU) auf der Ngurdoto-Lodge, ihre Probleme bis zur Wahl im Oktober zu lösen und sicher zu stellen, dass ihre Anliegen auch für die nächste Regierung Vorrang haben werden.

Citizen 28.04.15; DN 01.04.; 06.05.15; Guardian 19.10.; 11., 17.11.14; 18., 23., 26.02.; 28.05.; 10.06.15

In der nächsten Ausgabe folgen Meldungen zu Primar- und Sekundarschulen, Universitäten und Berufsbildung.

Ökumenischer Studientag „Perspektivwechsel“

Tansania nach Referendum und Wahl

Stimmt unsere Perspektive auf Tansania noch? Stimmen unsere Bilder mit der Wirklichkeit der dortigen Menschen überein?

Was für Auswirkungen haben das Verfassungsreferendum und die Wahlen für das Zusammenleben der Menschen und die Kirchen in Tansania?

Auch haben die aktuellen Entwicklungen in Tansania Konsequenzen für unsere Partnerschaften und unsere interkulturelle Zusammenarbeit.

21. November 2015 **Ort:** Haus Eckstein, Nürnberg

Verantwortlich: Bärbel Zeimantz, missio; Ulrike Hansen, Mission EineWelt

Tagungsgebühr: 25,00 €, ermäßigt 14,00 € - **Anmeldung:**

Mission EineWelt / Referat Mission Interkulturell Tel. + 49 (0) 98 74 9 1502

Mail: monika.heumann@mission-einewelt.de

Homepage: <http://mission-einewelt.de/events/oekumenischer-studientag->perspektivwechsel/>